



«Tower Up»

Wolkenkratzer- und Dächerbauen will gelernt sein.



Martin Detterbeck
Spielladen Detterbeck, Brunnen

Eine Stadtplanung im Zentrum der Stadt ist sehr schwer. Deshalb muss gut geplant und gebaut werden. Dies mit drei unterschiedlichen Zielen vor Augen, die Maschinen geben Vollgas, und die Dächer sind am Ende oben drauf. Zwei Möglichkeiten machen das Spiel einfach sowie trickreich.



1. Ziehe eine Karte und nimm die darauf abgebildeten Stockwerke in den Vorrat.
2. Baue ein Stockwerk neben einem bestehenden Gebäude. Dabei müssen alle umliegenden Gebäude mitgebaut werden. Es dürfen keine gleichfarbigen Gebäude nebeneinander gebaut werden. Ein Dach auf eines der gesetzten Wohnstöcke wird gesetzt und in dieser Farbe Punkte gesammelt.

Diese eingängigen Regeln machen das Spiel schon sehr trickreich. Wenn die Baufahrzeuge aller Farben über eine gewisse Punktelinie kommen, ergibt sich daraus ein Extrazug. Dies will gut geplant und genutzt sein. Wer am meisten Punkte erreicht, der gewinnt.



Dauer: 30–45 Minuten
Spieler: 2–4
Alter: 8+
Art: Familienspiel
Kosten: Fr. 44.90
Website: www.pegasus.de

Spielladen Detterbeck GmbH
Bahnhofstrasse 23, 6440 Brunnen

Weihnachtsöffnungszeiten:
MO–FR 9.00–12.00 / 13.30–18.30 Uhr
SA 9.00–12.00 / 13.30–16.00 Uhr

Sonntagsverkauf
22. Dezember
13.00–17.00 Uhr

Heiligabend, 24. Dezember
9.00–14.00 Uhr

Telefon 041 820 20 10
www.spielladen-detterbeck.ch

Agenda:

Nächster Spieltipp:
13. Dezember 24

Wetter-Tourismusprojekt kostet die Gemeinden 2,1 Millionen

Von den Gesamtinvestitionen von 7 Millionen Franken tragen Muotathal, Morschach und Illgau einen Drittel.

Christoph Clavadetscher

Stoos-Muotatal Tourismus und die Gemeinden Muotathal, Morschach und Illgau lancieren ein neues Angebot für Touristinnen und Touristen, aber auch für die Einheimischen: das Wetter-Energie-Erlebnis (der «Bote» berichtete). Die Standorte sind bereits bekannt, jetzt werden erstmals auch die Kosten genannt.

Die Gesamtinvestitionen belaufen sich auf 7 Millionen Franken. Diese sollen zu einem Drittel durch die drei Standortgemeinden und zu zwei Dritteln durch Bund, Kanton, Wirtschaftspartner und Stiftungen finanziert werden, wie Stoos-Muotatal Tourismus mitteilt. Die Gemeinden haben somit total 2,1 Millionen Franken zu tragen.

Dieser Betrag werde nach einem detaillierten Kostenteiler aufgeteilt, der auch die unterschiedlichen Voraussetzungen und den individuellen Nutzen berücksichtige. So entfallen

4,6

Millionen Franken
akquiriert
Stoos-Muotatal Tourismus

auf die Gemeinde Morschach (zwei Standorte) 970'000 Franken, auf Muotathal 720'000 Franken und auf Illgau 440'000 Franken. Die restli-

chen 4,6 Millionen Franken werden durch Stoos-Muotatal Tourismus akquiriert.

Volksabstimmungen sind am 18. Mai geplant

Die drei beteiligten Gemeinden koordinieren das Vorgehen sehr eng. So ist eine Information in den jeweiligen Gemeindeversammlungen jetzt im Dezember vorgesehen, wo auch die Kosten im Detail erläutert werden. An den Gemeindeversammlungen vom April wird dann in allen drei Gemeinden gleichzeitig ein Sachgeschäft vorgelegt. Die Urnenabstimmungen sind am 18. Mai vorgesehen.

Wie der «Bote» bereits berichtet hat, sollen an vier Standorten für die Region typische Wetterereignisse in

Form von interaktiven Ausstellungen und in Zusammenarbeit mit Partnerbetrieben vor Ort erlebbar gemacht werden. In Morschach beim Mattli wird das Thema Wind aufgegriffen, unter anderem mit einem begehbaren Windkanal. Bei der Husky-Lodge in Muotathal wird «Niederschlag» präsentiert, etwa durch eine Regendusche. Besucherinnen und Besucher können so vom Nieseln über Starkregen bis zum Gewitter inklusive Lichteffekte die verschiedenen Regenarten erleben.

Auf dem Stoos beim Seeli geht es um das Thema Wolken – inklusive Eintauchen ins Nebelmeer. In Illgau, Thema «Sonne», ist ein Aussichtsteg geplant. Weitere Details zu diesem Projekt sollen demnächst kommuniziert werden.



Die Idylle täuscht: An der Gemeindeversammlung vom 11. Dezember wird in Schwyz ein politischer Schlagabtausch erwartet.

Bild:
Robert Betschart

Hitzige Debatte um den Steuerfuss in Schwyz

Der Gemeinderat will die Steuern um 25 Prozent senken. Mit diesem Vorhaben sind nicht alle einverstanden.

Robert Betschart

Spätestens seit der Schwyzer Gemeinderat mit Säckelmeister Benno Laimbacher (FDP) das Budget 2025 präsentiert hat, läuft die Diskussion rund um den Steuerfuss im Hauptort heiss. Der Gemeinderat plant eine Senkung der Steuern von 165 auf 140 Prozent einer Einheit. Dies auch dank dem neuen innerkantonalen Finanzausgleich, welcher Schwyz eine Entlastung von netto 10,2 Millionen Franken bringt.

Mit dem Vorhaben des Gemeinderates sind aber längst nicht alle einverstanden, weswegen davon auszugehen ist, dass es an der Gemeindeversammlung vom Mittwoch, 11. Dezember, zu einem politischen Schlagabtausch kommt. Der «Bote» hat im Vorfeld der Versammlung bei den verschiedenen Ortsparteien nachgefragt, wie ihr Standpunkt aussieht.

René Krauer, Präsident SVP Schwyz: «Die SVP Gemeinde Schwyz kämpft für eine Steuerfussreduktion auf 125 Prozent für den Bürger. Gemäss innerkantonalem Finanzausgleichsgesetz sollen die enormen Unterschiede der Steuerbelastung in den Gemeinden verringert werden. Die Gelder für neue Projekte zu verwenden, wäre verfehlt. In der Gemeinde Schwyz muss das Ausgaben-

problem gelöst werden. Die aktuelle Verschuldung von 95 Millionen Franken darf nicht weiter steigen, wir fordern ein Sparprogramm. Wir wollen keinen Schuldenberg von 150 Millionen im Jahr 2028. Die Geschichte von Leukerbad sollte eine Lehre sein. Mit einem Steuerfuss von 125 Prozent erhält die Gemeindekasse 3,5 Millionen Franken der Ausgleichszahlung pro Jahr für notwendige Schulhausbauten. Wir wollen gesunde Gemeindefinanzen durch Bescheidenheit und Sparen.»

Irene Huwyler, Präsidentin Die Mitte Schwyz: «In der Gemeinde Schwyz stehen bekanntlich grössere Investitionen an (Muotabrücke, neuer Schulraum etc.). Gleichzeitig beobachten wir mit Sorge die hohe Pro-Kopf-Verschuldung von rund 5000 Franken, die künftig noch anwachsen wird. In diesem Um-

Diese verschiedenen Steuerfüsse werden gefordert

Gemeinderat:	140 %
SVP:	125 %
FDP:	140 %
Mitte:	140 %
SP:	155 %
GLP:	140 %

feld erachtet es die Mitte-Partei gar als mutig, die Steuern um 25 Prozent zu senken. Die Mitte engagiert sich für eine lebenswerte Gemeinde Schwyz. Nach unserem Verständnis soll eine attraktive Gemeinde nicht nur das Nötigste für ihre Bürgerinnen und Bürger tun, sondern auch ins Gemeinwohl investieren. Mit einer übermässigen Steuersenkung wird dies unmöglich gemacht. Es ist uns ein Rätsel, wie es möglich sein soll, alle Investitionen zu stemmen und gleichzeitig die Steuern mehr als auf 140 Prozent zu senken. Wir erachten dies schlicht als verantwortungslos.»

Heinz Schelbert, Präsident FDP Schwyz: «Die FDP-Ortspartei unterstützt das Vorhaben des Gemeinderates und schliesst sich dem Vorschlag, die Steuern um 25 Prozent zu senken, an. Unser Hauptargument gegen eine höhere Steuersenkung ist einfach: Durch die anstehenden Investitionen soll der Schuldenberg, sprich die Nettoverschuldung, nicht weiter anwachsen.»

Urs Heini, Präsident SP Schwyz: «Die SP der Gemeinde Schwyz beantragt, dass der Steuerfuss lediglich von 165 auf 155 Prozent reduziert wird. Wichtige Investitionen stehen an. In naher Zukunft werden zwei neue Schulhäuser gebraucht, der Busbahnhof Schwyz und

die Hofmatt werden neu gestaltet. Die Erschliessung des Zeughausareals steht an. Dazu kommen viele Instandhaltungsmassnahmen, etwa die Renovierungen des Mythenforums oder der Sportanlagen. Zu grosse Steuersenkungen gefährden notwendige Investitionen. Eine gute Infrastruktur und ein guter ÖV sind entscheidend für die Attraktivität der Gemeinde. Eine massvolle Steuersenkung ist verantwortbar.»

Philipp Ritter, Präsident GLP Schwyz: «Die Grünliberalen unterstützen die vom Gemeinderat vorgeschlagene Reduktion des Steuerfusses auf 140 Prozent. Der dabei resultierende Ertragsüberschuss hilft der Gemeinde, die anstehenden, wichtigen Investitionen zu finanzieren. Trotzdem wird die Verschuldung weiter steigen. Einerseits wollen die Grünliberalen die Steuerlast senken, wie dies vom innerkantonalen Finanzausgleich angestrebt wird. Andererseits sollen wichtige Investitionsprojekte wie die Erschliessung des Zeughausareals, die dringend nötige Erweiterung mit Schulräumen und die Realisierung eines behindertengerechten Bushofs sichergestellt werden. Deshalb beurteilen die Grünliberalen den vom Gemeinderat vorgeschlagenen Steuerfuss von 140 Prozent als angemessener Kompromiss.»